

Medienmitteilung

Thema	Gemeindeabstimmungen Stadt Bern vom 28. November 2010
Für Rückfragen	Peter Ammann, Präsident glp Stadt Bern, 079 222 71 90
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	2.11.2010

Parolen zu den Gemeindeabstimmungen vom 28. November 2010

Die Grünliberalen der Stadt Bern sagen 2 x Ja zum Ausstieg aus der Atomenergie und bevorzugen beim Stichentscheid den Gegenvorschlag. Hingegen haben sie zum Produktgruppenbudget 2011 die Nein-Parole und zum Zonenplan ZPP Mühledorfstrasse Stimmfreigabe beschlossen. Bei der Teilrevision des Schulreglements befürworten sie die Vorlage des Stadtrates und lehnen den Volksvorschlag ab. Zur Leistungsvereinbarung Kornhausbibliotheken sagen die Grünliberalen Ja.

Die Grünliberalen (glp) der Stadt Bern wollen den Ausstieg der Stadt Bern aus der Atomenergie und sagen deshalb doppelt Ja zu den beiden energiepolitischen städtischen Abstimmungsvorlagen vom 28. November 2010: Sowohl mit der Initiative „EnergieWendeBern“ als auch mit dem Gegenvorschlag des Gemeinderates wird eine zukünftige Energieversorgung möglich, die vollständig auf erneuerbare Energieträger setzt und auf Atomstrom verzichtet. Neben allen andern bekannten Argumenten gegen die Atomenergie ist für die glp die Feststellung besonders wichtig, dass diese Technologie keine Option für den Klimaschutz ist: Denn die für die Stromerzeugung in AKW's erforderliche Urangewinnung ist äusserst energieaufwendig und CO₂-belastet. Der Zeitpunkt, zu dem der bereits vor zehn Jahren in der Gemeindeordnung verankerte Ausstieg aus der Atomenergie verwirklicht wird, ist für die glp zweitrangig. Aus finanzpolitischen Gründen unterstützt sie aber bei der Stichfrage den Gegenvorschlag, der für die Umsetzung etwas mehr Zeit lässt.

Wie schon im Parlament lehnen die Grünliberalen auch in der Volksabstimmung das Budget 2011 ab. Die Vorlage verpasst es nach Ansicht der glp, der massiven Neuverschuldung der kommenden Jahre rechtzeitig Gegensteuer zu geben. Stossend ist für die glp vor allem die Tatsache, dass mehr als die Hälfte der ausserordentlichen Gewinnablieferung von ewb für die Finanzierung laufender Ausgaben statt für die Tilgung von Altschulden verwendet wird. Dadurch wird das Geldausgeben gefördert, der Schuldendienst weniger gemildert als möglich und den Stimmberechtigten Sand in die Augen gestreut.

Zum Zonenplan ZPP Mühledorfstrasse haben die Grünliberalen Stimmfreigabe beschlossen. Grundsätzlich befürwortet die glp eine bauliche Aufwertung und Verdichtung am Standort Bümpliz Nord. Sie ist aber der Meinung, dass verschiedene Fragen wie etwa die Effekte dieser Aufwertung auf umliegende Gebiete und die Art der städtebaulichen Eingliederung in den lokalen Kontext ungenügend geklärt sind. Zudem fragt sie sich, ob an einem so ausgezeichnet erschlossenen Standort nicht besser eine Büro- oder Schulinutzung vorzusehen wäre, wenn die Stadt Bern ihre zentrale Funktion im Konzept „Hauptstadtregion“ wahrnehmen will. Aufgrund dieser Vorbehalte hat die glp Stimmfreigabe beschlossen.

Bei der Teilrevision des Schulreglementes sind sich die Grünliberalen einig, dass den Schulkommissionen bei der Wahl des Schulmodells eine gewisse Freiheit belassen werden soll. Sie befürworten deshalb die Vorlage des Stadtrates und lehnen den Volksvorschlag ab, der das Manuel-Modell als Grundsatz festlegen will. Unbestritten ist für die Grünliberalen ein Ja zur Leistungsvereinbarung Kornhausbibliotheken.